



Parlamentssitzung 17. September 2012

Protokoll

Schloss Köniz, Rossstall
19.00 – 21.45 Uhr

Vorsitz Annemarie Berlinger-Staub (SP)

Anwesend	Bernhard Bichsel (FDP)	Ruedi Lüthi (SP)
	Adrian Burkhalter (SVP)	Anna Mäder (SP)
	Christian Burren (parteilos)	Hans Moser (SVP)
	Heidi Eberhard (FDP)	Anita Moser Herrren (FDP)
	Mario Fedeli (SP)	Heinz Nacht (SVP)
	Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
	Thomas Frey (BDP)	Markus Plüss (Grüne)
	Martin Graber (SP)	Jan Remund (Grüne)
	Philippe Guéra (BDP)	Mathias Rickli (Grüne)
	Hermann Gysel (EVP)	Christian Roth (SP)
	Beat Haari (FDP)	Elisabeth Rüegsegger (SVP)
	Niklaus Hofer (SVP)	Christoph Salzmann (SP)
	Franziska Keller (BDP)	Hugo Staub (SP)
	Erica Kobel-Itten (FDP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
	Hanspeter Kohler (FDP)	Barbara Thür (GLP)
	Verena Koshy (CVP)	Markus Willi (SP)
	Andreas Lanz (BDP)	Ulrich Witschi (BDP)
	Stefan Lehmann (SVP)	Bernhard Zaugg (EVP)
	Patrik Locher (EVP)	

Entschuldigt	Ronald Sonderegger (FDP)	Thomas Verdun (SVP)
---------------------	--------------------------	---------------------

Gemeinderat	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident	Katrin Sedlmayer (SP)
	Ueli Studer (SVP), Vizepräsident	Urs Wilk (FDP)

Entschuldigt Rita Haudenschild (Grüne)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. August 2012.....	199
2. Kommissionsersatzwahlen.....	199
3. Kommunalfahrzeug - Beschaffung	202
4. Wabern, Eichholzstrasse/Giessenweg - Wasserleitungersatz.....	206
5. 1001 Postulat (SP) "Open Sunday - Midnight-Sports: die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche"	207
6. 1206 Postulat (FDP.Die Liberalen Köniz) "Zustand Riedmoosstrasse - Moosweg"	210
7. Verschiedenes.....	212

Begrüssung

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung. Speziell begrüsse ich das neue Parlamentsmitglied, Markus Plüss (Grüne), der die Nachfolge von Urs Maibach antritt. Ich wünsche ihm einen guten Start und erfreuliche Jahre bei uns.

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Die Akten für die Sitzung sind Ihnen am 23. August 2012 zugestellt worden.

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Traktandum 1, Protokoll der Sitzung vom 20. August 2012, entfällt, da das Protokoll noch nicht vorliegt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. August 2012

Da das Protokoll dieser Sitzung noch nicht vorliegt, entfällt dieses Traktandum.

2. Kommissionsersatzwahlen

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Anlässlich der Folgesitzung vom 27. August 2012 habe ich darum gebeten, für die vakanten Sitze der nichtständigen Kommission Tramprojekte Wahlvorschläge abzugeben. Bis heute sind keine Wahlvorschläge eingetroffen. Werden heute Wahlvorschläge für die vakanten Sitze abgegeben oder gibt es Wortmeldungen dazu?

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Seit dem Rücktritt der Mitglieder der FDP-Fraktion aus der Kommission Tramprojekte haben sich inhaltlich keine neuen Erkenntnisse ergeben. Das heisst jedoch nicht, dass sich in der Zwischenzeit nichts getan hat. Vor ungefähr 12 Wochen habe ich mich mit Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer zu diesem Thema an einem Runden Tisch getroffen. Wir sind wie folgt verblieben: Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer sucht das Gespräch mit dem Gemeinderat von Köniz. Anschliessend wird geprüft, in welcher Form die Gespräche aus der Sicht des Parlaments weitergeführt werden können. Dannzumal waren sich alle Anwesenden einig, dass für die Wiederaufnahme dieser Gespräche ein neues Gefäss notwendig ist. Ein solches Gefäss ist nun vom Gemeinderat von Köniz geschaffen worden: Er hat alle Parteien zu einem neuen Runden Tisch eingeladen. Der Gemeinderat hat Hand geboten und einen ersten Schritt getan. Die FDP-Fraktion ist dieser Einladung nachgekommen und hat bereits letzte Woche eine Delegation für den Runden Tisch angemeldet.

Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass es nun darum geht, Vertrauen herzustellen und die aktuelle Situation auszudiskutieren. Wir müssen – ob es uns gefällt oder nicht – einen gemeinsamen Weg finden, den wir alle bereit zu gehen sind. Deshalb verzichtet die FDP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt auf Wahlvorschläge für die Kommission Tramprojekte. An dieser Stelle halte ich fest, dass es sich um kein grundsätzliches Nein zur Kommission Tramprojekte handelt. Werden an diesem Runden Tisch substanzielle Fortschritte erzielt, fassen wir die Prüfung einer Nomination für die Kommission Tramprojekte ins Auge.

In diesem Sinn fordere ich alle Parteien auf, sich für diesen Runden Tisch anzumelden und ich mache beliebt, dass alle Parteien nicht mehr als zwei fachkundige Personen entsenden. Wenn

alle Parteien vier Personen an diesen Runden Tisch entsenden, werden 32¹ Parlamentsmitglieder daran sitzen, was aus unserer Sicht zu viel ist, damit wir speditiv und zielgerichtet zu einem Resultat gelangen, denn es bestehen doch einige Differenzen, die aus dem Weg geräumt werden müssen.

Die FDP-Fraktion hat sich deshalb freiwillig für die Entsendung von zwei Fraktionsmitgliedern entschieden: Beat Haari und ich selber. Ich betone nochmals: Ziel muss sein, zu einem gemeinsamen und breiten Ergebnis zu gelangen, weil die Kommission Tramprojekte nur so in Zukunft eine Chance haben wird.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Die BDP-Fraktion ist weder bereit, die Kommission Tramprojekte neu zu besetzen noch bereit, am Runden Tisch teilzunehmen. Die Gründe für den Austritt der BDP-Vertretung in der Kommission Tramprojekte wurden bereits an der Parlamentssitzung vom 29. Mai 2012 dargelegt. An dieser Ausgangslage hat sich bis heute nichts geändert. Nach dem Rücktritt erwartete unsere Fraktion vom Gemeinderat, dass er, gemäss Besprechung am Runden Tisch mit Barbara Egger-Jenzer, das Gespräch für das weitere gemeinsame Vorgehen mit uns sucht. Für ein solches Gespräch sind wir weiterhin offen. Betreffend dem Runden Tisch halten wir fest, dass weder in der Gemeindeordnung noch in den Reglementen die Möglichkeit des Runden Tisches festgelegt ist. Einmal mehr muss festgestellt werden, dass in diesem Projekt zu viele Mittel recht scheinen, um Entscheidungen und Prozesse als politisch breit abgestützt darzustellen. Sensible Entscheidungen und Prozesse, die politisch äusserst einseitig beschlossen und geleitet werden, sollen nun wieder durch ein fragwürdig willkürlich beschicktes Gefäss legitimiert werden. Die BDP-Fraktion schlägt die Türe nicht endgültig zu, distanziert sich jedoch klar von diesem Runden Tisch und verwehrt sich, in diesem Projekt weiterhin bloss als Teil des Feigenblatts missbraucht zu werden. Die BDP-Fraktion ist an einer objektiven Sachpolitik interessiert und in der Sache nach wie vor gesprächsbereit. Dies aber auf einer korrekten, legitimen Ebene.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion wird mit folgender Begründung keine neuen Mitglieder für die Kommission Tramprojekte nominieren: Die Ausgangslage hat sich seit dem Rücktritt aus der Kommission Tramprojekte nicht geändert. Auch wir haben am Runden Tisch vom 21. Juni 2012 mit Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer teilgenommen. Dort wurde vereinbart, dass der Gemeinderat auf uns zukommen wird. Seither sind rund drei Monate vergangen und am Freitag vor einer Woche erfolgte die Einladung zu einem erneuten Runden Tisch. Die SVP-Fraktion wird an diesem Runden Tisch teilnehmen und sich einbringen. Wir warten das Ergebnis ab und ebenfalls den Bericht der Kommission "TRB – Kommunikation Gemeinderat" ab. Anschliessend wird die Lage neu beurteilt.

Ich halte Folgendes fest: Der Entscheid zugunsten des Kredits fiel damals mit 20 : 20 Stimmen aufgrund des Stichentscheids der Parlamentspräsidentin aus. Dieses Resultat ist zu akzeptieren. Die Kommission Tramprojekte hat den Kredit mehrheitlich abgelehnt. Das Parlament wollte auch keine Volksabstimmung. Damals wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, auf die bürgerlichen Parteien einzugehen und vielleicht den Runden Tisch einzusetzen. Das ist jedoch nicht geschehen und das Tram ist mit ungebremsster Geschwindigkeit weiter gefahren. Die Rücktritte waren ein Zeichen dafür, dass diese Geschwindigkeit etwas reduziert und ein Marschhalt eingelegt wird. Das ist in meinen Augen richtig so.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Der anhaltende Boykott für die Einsetzung von Mitgliedern für die Kommission Tramprojekte durch die rechten Parteien ist aus unserer Sicht nicht nur undemokratisch, sondern ein Affront dem Parlament gegenüber. Das Parlament gab den Auftrag, die Tramlinie zu planen und hat dazu die Einsetzung einer Kommission beschlossen. Beide Beschlüsse werden durch den Boykott ignoriert. Der Boykott trifft nicht die Haltung des Gemeinderats, sondern hier im Parlament gefällte Beschlüsse. Sie wissen genau: Kommunikationspannen – oder wie man die Sache nennen will – haben die beiden Beschlüsse auf keine Art und Weise betroffen. Die Kommission Tramprojekte ist formal und inhaltlich der richtige Ort, die offenen Fragen in Bezug auf Tram Region Bern zu diskutieren. Wir sind für eine möglichst rasche Wiederaufnahme der Arbeit. Auch wenn wir Grünen dafür sind, dass die Kommission Tramprojekte ihre Arbeit wieder aufnehmen soll, werden wir beim Runden Tisch mittun. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, dass sich die Fakten gegenüber den Emotionen durchsetzen werden.

¹ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Korrektur verlangt.

Fraktionssprecherin Anna Mäder (SP): Die bürgerlichen Parteien wollen ihre vakanten Sitze in der Kommission Tramprojekte nicht besetzen. Wir haben das zur Kenntnis zu nehmen und diesen Entscheid zu akzeptieren. Mit diesem Entscheid haben die Bürgerlichen aber erreicht, dass nicht nur die parlamentarische Kommission Tramprojekte nicht mehr handlungs- und beschlussfähig ist, sondern sie blockieren damit die Kerngruppe Tram Region Bern und verdrängen damit faktisch die Quartiervertretungen vom Mitwirkungsprozess. Das akzeptiert die SP-Fraktion nicht und wird auch von den Vertretungen der Ortsgruppen in der Kerngruppe und von den Trambefürwortern im Parlament von Köniz weder akzeptiert noch verstanden. Fakt ist, dass das Parlament an seiner Sitzung vom 14. November 2011 den Projektierungskredit für die geplante Umstellung der Buslinie 10 auf Trambetrieb und die Linienverlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern gutgeheissen hat. Seit diesem Zeitpunkt laufen die Projektierungsarbeiten auf Hochtouren weiter. Dies mit den Mitteln, die wir am 14. November 2011 bewilligt haben. Die Projektierungsarbeiten gehen voran, auch wenn wir uns in der Gemeinde Köniz lieber an den Runden Tisch setzen wollen und sich eine weitere parlamentarische Kommission intensiv mit der Kommunikation des Gemeinderats in der Vergangenheit befasst. Die Projektierungsarbeiten laufen weiter und zwar ohne dass sich die betroffene Bevölkerung und ihre Quartiervertreter einbringen können ohne dass die Mitwirkung der politischen Parteien, die hier – das sei nochmals festgehalten – mehrheitlich überzeugt sind, dass Köniz die Umstellung auf die Tramlinie braucht, möglich wäre. Es können weder Informationen zu laufenden Projektierungen abgeholt werden noch haben die direkt Betroffenen mit den detaillierten Ortskenntnissen die Möglichkeit, wichtige Inputs zu geben. Das kann so nicht weiter gehen. Wir können nicht einfach abwarten und uns an einen Runden Tisch – an welchem die SP-Fraktion übrigens mittun wird – setzen und dort weiter diskutieren, denn am Runden Tisch wird ein anderes Thema behandelt. In der Projektierung werden aber, wenn wir am Runden Tisch das andere Thema diskutieren ohne Mittun der Kommission Tramprojekte wichtige Entscheidungen gefällt. Es darf nicht sein, dass eine politische Minderheit die interessierte Mehrheit daran hindert, sich am laufenden Planungsprozess zu beteiligen. Das ist höchst undemokratisch. Deshalb fordere ich im Namen der SP-Fraktion die beiden zuständigen Gemeinderäte auf, so schnell als möglich die bestehende Kerngruppe, erweitert mit Vertretungen von interessierten politischen Parteien, wieder zu aktivieren und so rasch als möglich wieder zu einer Sitzung einzuladen. Die Kerngruppe könnte damit analog zu den Begleitgruppen im Raumentwicklungskonzept (REK), bei der Ortsplanungsrevision, funktionieren. So lange das Parlament keine Entscheidungen zu treffen hat, braucht es zurzeit die parlamentarische Kommission Tramprojekte nicht. Die Parteien sind einzuladen, ihre Vertreter in die Kerngruppe zu entsenden. Wenn die Bürgerlichen mitarbeiten wollen, können sie dies tun. Wer mittun will, soll das auch können, dies aber nicht erst dann, wenn es bereits zu spät ist.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Dass die Mehrheit im Parlament bereit ist, am Runden Tisch mitzutun, freut mich. Der Runde Tisch hat das Ziel, eine Deblockierung rund um das Tram zu schaffen. Es ist nun wichtig, eine gewisse Ruhe in diese ganze Geschichte zu bringen. Eigentlich handelt es sich um zwei verschiedene Dinge: Das eine ist die Kommission Tramprojekte und das andere der Runde Tisch. Die Behördendelegation hat heute unser Konzept des Runden Tisches genehmigt. Sie hat festgehalten, dass damit der richtige Weg beschritten wird. Termine wurden diskutiert und Folgendes festgehalten: Wenn wir Ende Januar fertig sind, das Fazit gezogen haben und der Gemeinderat über den weiteren Weg Beschlüsse gefasst hat, sind beim Tram jedoch noch nicht, wie Anna Mäder erklärt hat, alle wichtigen Entscheide gefallen. Die Projektierungsarbeiten laufen weiter, diese Feststellung ist richtig. Der Gemeinderat hat sich Gedanken gemacht und hat eine Sitzung mit der Kerngruppe abgesagt. Diese wird für den 21. November 2012 zu einer Sitzung eingeladen. Es kann sein, dass ihnen dieser Termin als zu spät erscheint. Bis zu diesem Zeitpunkt wird Wesentliches vorhanden sein, das die Kerngruppe diskutieren kann. Alle bisher Beteiligten sollen weiterhin mittun. Schlussendlich erhoffen wir uns, dass – wenn der Runde Tisch gut verläuft – wir dann im Januar, und dazu sind heute aus den Parteien entsprechende Signale gekommen, die Kerngruppe wieder vollständig sein wird. Das Projekt läuft auf der einen Schiene weiter, auf der anderen Schiene geht es in der Gemeinde Köniz nun darum, die Deblockierung mittels des Runden Tisches zu schaffen. Zur BDP-Fraktion: Vorhin ist festgehalten worden, dass die Türe nicht ganz geschlossen ist. Aus der Sicht des Runden Tisches halte ich fest, dass auch hier die Türen nicht geschlossen sind. Die BDP-Fraktion kann auch in einer zweiten Runde noch am Runden Tisch mittun.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Kerngruppe ist für uns ein wichtiges Gremium, weil sie das Projekt begleitet. Deshalb wird sie am 21. November 2012 für eine Sitzung einberufen. Sie hat einen anderen Auftrag, als ihn der Runde Tisch hat. Zur BDP-Fraktion: Ich bedaure,

dass sie nicht am Runden Tisch teilnehmen will. Auch für mich gilt aber, dass die Türen offen bleiben. Beim Runden Tisch handelt es sich nicht um ein Instrument, das in der Gemeindeordnung oder in einem Reglement festgehalten ist. Es handelt sich jedoch um ein übliches Instrument, das in der Politik häufig angewendet wird, wenn – wie hier der Fall – blockierte Situationen bestehen. Mit einem Runden Tisch können solche Blockaden in einem anderen Gefäss diskutiert werden. Ich bitte Sie, sich das nochmals zu überlegen.

3. Kommunalfahrzeug - Beschaffung

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Mit den Sitzungsakten ist Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt worden. Das Vorgehen: Nach dem Votum des GPK-Referenten folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Abschliessend wird über die Vorlage abgestimmt.

GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne): Bei diesem Geschäft handelt es sich um den Ersatz des sehr reparaturanfälligen 8-jährigen Offroaders Mitsubishi Pajero mit 140'000 Kilometern. In den letzten drei Jahren mussten für Reparaturen 31'000 Franken ausgegeben werden. Grund für die Neuanschaffung eines Kommunalfahrzeugs ist, so wurde uns mitgeteilt, dass die heute gefertigten Offroader nicht mehr für intensive Arbeitseinsätze geeignet sind. Das zum Kauf vorgesehene Fahrzeug, der "Meili 7000", ist speziell gebaut für Arbeitseinsätze wie Schnee pflügen, salzen usw. Die Gemeinde möchte am Fahrzeug zusätzlich einen Böschungsmäher montieren, was eine wesentliche Arbeitserleichterung im Strassenunterhalt bedeuten könnte. Für die Anschaffung des Fahrzeugs wurde ein Pflichtenheft erstellt. Zu unserem Erstaunen haben gerade mal zwei Fahrzeuge die Vorgaben des Pflichtenhefts erfüllt und nur der im Bericht abgebildete "Meili 7000" bestand den Test. Wichtigstes Kriterium für diesen Entscheid war der Platz in der Führerkabine, da dort 3 Personen Platz finden. Der "Meili 7000" erfüllt die Beschaffungsrichtlinien der Gemeinde Köniz gemäss Aussage der Verwaltung zu 100 Prozent.

Die in der GPK diskutierten Kriterien:

In Bezug auf das Kriterium Umwelt kann festgehalten werden, dass das Fahrzeug mit einem Partikelfilter ausgestattet ist und – zumindest gemäss Prospekt – über eine längere Lebensdauer verfügt. Negativ ist, dass der Dieselverbrauch höher ist, d. h. es werden 7 bis 9 Liter pro Betriebsstunde benötigt. Der Mitsubishi Pajero benötigt 16 bis 18 Liter auf 100 Kilometer.

Das Kriterium Soziales: Ohne Zweifel bringt der "Meili 7000" eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Strassenunterhalt. Das Mähen der Böschungen in Handarbeit ist eine sehr mühsame Angelegenheit.

Zum Kriterium Wirtschaftlichkeit: Mit dem "Meili 7000" ist ein effizienteres Arbeiten möglich. Was vielleicht etwas negativ ins Gewicht fällt: Die Geschwindigkeit des Fahrzeugs ist auf 45 Stundenkilometer limitiert. Das liegt offenbar nicht zwingend am Fahrzeug, sondern am Fahrausweis der Gemeindeangestellten. Bis 45 Stundenkilometer kann das Fahrzeug mit einem normalen Fahrausweis gefahren werden, für höhere Tempi ist die Lastwagenlizenz notwendig. Das Fahrzeug ist vor allem für die Schneeräumung im Spiegel und in Wabern vorgesehen.

Zu den Kosten: Die Richtofferte lautet auf 255'000 Franken. 175'000 Franken kostet das Fahrzeug, 30'000 Franken der Salzstreuer, 15'000 Franken der Schneepflug und 35'000 Franken der Böschungsmäher. Weil es sich um ein neues Fahrzeug und keine Ersatzbeschaffung handelt, muss das Parlament darüber beraten. Stimmt das Parlament der Beschaffung zu, muss eine WTO-Ausschreibung durchgeführt, d. h. Offerten von weltweit können eingereicht werden. Der Günstigste erhält den Zuschlag. Die Gemeinde geht davon aus, dass für einen allfälligen Kauf nicht mehr als 250'000 Franken ausgegeben werden müssen.

In der GPK wurde bemängelt, dass die Ausschreibung erst nach dem Parlamentsbeschluss stattfinden wird und den Offerierenden somit der Rahmenkredit von 250'000 Franken bekannt ist. Ausserdem wird das gewünschte Modell bekanntgegeben, was auch Einfluss auf die eingereichten Offerten haben wird. Die GPK wird die Frage, ob Offerten in der Regel vor oder nach dem Parlamentsbeschluss eingeholt werden sollen, an einer nächsten Sitzung thematisieren. Zu den aufgeführten Folgekosten wurde bemängelt, dass keine Betriebskosten enthalten sind. Es sieht so aus als würde der "Meili 7000" gratis herumfahren. Positiv festgehalten wird die strukturierte Vorgehensweise mit einem Pflichtenheft, mit Tests, usw.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig bei 1 Enthaltung, dem Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen. Wir sind froh, dass die GPK das Thema Ausschreibungen vor oder nach dem Parlamentsbeschluss, beraten wird. Wir bedauern den erhöhten Dieselvebrauch und sind erstaunt, dass die Gemeinde die Prozedur einer WTO-Ausschreibung auf sich nimmt. Wir fragen uns, ob hier nicht ein anderer Weg möglich gewesen wäre.

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Wird das Eintreten bestritten?

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Die BDP-Fraktion stellt einen Nichteintretensantrag zum vorliegenden Geschäft. Uns geht es nicht um die Art und Ausrüstung des Fahrzeugs, sondern rein um den Zeitpunkt der Investition. Die Gemeinde Köniz befindet sich mitten im Stabilisierungsprogramm und wir verfügen zurzeit über keine verlässlichen Informationen, die eine Standortbestimmung zulassen würden. Diese Zahlen werden erst in ungefähr einem Jahr vorliegen. Beantragt sind hier eine weitere Viertelmillion Franken, die fremdfinanziert wird. Ihnen allen ist die Zinsbelastung der Gemeinde bekannt. Auch sind in letzter Zeit im Parlament Voten für eine Senkung des Fremdkapitalanteils der Gemeinde Köniz gefallen.

Der Mitsubishi Pajero weist einen Kilometerstand von knapp 140'000 auf, was für ein solches Modell nicht überaus viel ist. Aus der Sicht der BDP-Fraktion ist deshalb die Investition zum heutigen Zeitpunkt sicher wünschenswert, jedoch nicht absolut notwendig. Wenn ich vorhin gehört habe, dass letztes Jahr 31'000 Franken in das Fahrzeug investiert worden sind, kann davon ausgegangen werden, dass dieses nun auf Vordermann gebracht worden ist.

Wir beantragen aus den genannten Gründen Nichteintreten. Wir sollten zuwarten, bis die Entwicklung der Gemeindefinanzen mit Zahlen hinterlegt ist und wir über bessere Entscheidungsgrundlagen verfügen. Die zusätzliche Zeit bietet ausserdem die Möglichkeit, die Ausschreibung vor einer Parlamentsentscheid vorzunehmen, was sich unter Umständen auf den Preis auswirken könnte. Wird heute Eintreten auf das Geschäft beschlossen, wird die BDP-Fraktion den beantragten Kredit ablehnen.

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub hält fest, dass das Eintreten bestritten wird.

GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne): Ich muss Ueli Witschi berichtigen: Die Reparaturkosten von 31'000 Franken für den Mitsubishi Pajero sind während der letzten drei Jahre und nicht im letzten Jahr angefallen. Ergänzen muss ich, dass die Beschaffung nicht im Investitionsplan enthalten ist. Durch die zurückgeschobene Investition Strassensanierung im Spiegel sind Mittel frei geworden, die nun für diese Beschaffung eingesetzt werden.

Christoph Salzmann (SP): Ich erkläre mich überrascht über den Nichteintretensantrag aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde Köniz. Fakt ist, dass der Mitsubishi Pajero immer wieder repariert werden muss, was jeweils Kosten auslöst. Vernünftige Personen ersetzen ein Gerät oder eine Maschine, wenn diese immer wieder Reparaturen auslösen. Man überlegt sich, ob es langfristig nicht besser ist, eine Neuanschaffung zu tätigen. Im vorliegenden Fall ist eine Neuanschaffung zu vertreten und wenn man langfristig denkt, gelangt man zur Ansicht, dass dem Geschäft zugestimmt werden müsste. Im Investitionsplan wird die Anschaffung – gemäss den Angaben von Hansueli Pestalozzi – kompensiert mit der verschobenen Strassensanierung im Spiegel. Es macht sicher Sinn, wenn die Gemeinde Köniz ihre Investitionsquote möglichst jedes Jahr einzuhalten versucht. Damit kann ein später riesiger Nachholbedarf vermieden werden. Jedes Hinausschieben von Ersatzbe- oder Neuanschaffungen wird irgendwann einmal später gebüsst. Deshalb bitte ich Sie, den Nichteintretensantrag abzulehnen.

Beschluss

Der Antrag der BDP-Fraktion auf Nichteintreten wird abgelehnt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP): Zum Antrag auf Nichteintreten: Es wäre gefährlich, dieses Geschäft nicht zu beraten. Die Gemeinde Köniz hat den Auftrag, für die Schneeräumung besorgt zu sein. Wird das Fahrzeug nicht ersetzt, läuft man Gefahr, dass im nächsten Winter ein Fahrzeug weniger für die Schneeräumung zur Verfügung steht und die Gemeinde ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann.

Für die SVP-Fraktion ist klar, dass in die Jahre kommende Fahrzeuge, die reparaturanfällig werden, zu ersetzen sind. Gemäss Bericht wurde die Evaluierung seriös vorgenommen. Im Pflichtenheft sind Anforderungen erstellt und klar definiert worden. Das hier vorgestellte Fahr-

zeug "Meili 7000" erfüllt diese klar am besten. Er ist ökologisch, aufgrund einer Vierradlenkung sehr wendig, verfügt über die geforderte 3-Platz-Kabine und es handelt sich um ein Schweizer Produkt. Ich habe zwei Fragen. Auf Seite 2 ist im vierten Absatz aufgeführt, dass eventuell Anbaugeräte wie Laubsauger oder Wassertank angeschafft werden können. Wird ein Kauf solcher Anbaugeräte in absehbarer Zeit beabsichtigt? Wäre es nicht besser, wenn das Fahrzeug mit allen fünf Zusatzgeräten im Paket angeschafft wird? Was ist von einem allfälligen Eintausch des Mitsubishi Pajero finanziell zu erwarten? Im zweiten Abschnitt auf Seite 2 ist festgehalten, dass der Aufgabenbereich des Dienstzweigs Strassenunterhalt stetig ausgeweitet wird. Einerseits sind höhere Anforderungen an den Winterdienst durch neue öV-Linien und die Verlängerung der Betriebszeiten beim öV sowie der Ausstattungen bei den Quartierstrassen mit Pfosten, Signalen und dergleichen festzustellen. Andererseits wird das Strassen- und Wegnetz durch Neubauten stetig erweitert. Es ist vorgesehen, ein altes durch ein neues Fahrzeug zu ersetzen, d. h. die Fahrzeugflotte wird nicht erweitert. Bereits heute werden Landwirte für Schneeräumungsarbeiten beauftragt. Besteht die Möglichkeit, vermehrt Schneeräumungsarbeiten an Dritte zu vergeben? Hätten hier eventuell Landwirte mit gut ausgerüsteten Traktoren die Möglichkeit, diese Arbeiten zu leisten? Damit würde man in der Schneeräumung schlagkräftiger. Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP): Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass das evaluierte Fahrzeug "Meili 7000" den Dienstzweig Unterhalt überzeugt hat. Die ökologischen und ökonomischen Vorteile stechen bei diesem Modell hervor. Die Ersatzbeschaffung des Mitsubishi Pajero durch ein adäquates Fahrzeug ist scheinbar nicht möglich. Erstens hat Mitsubishi kein vergleichbares Fahrzeug mehr im Köcher. Auch Iveco – von welchem einige Fahrzeuge im Fuhrpark der Gemeinde Köniz sind – produziert nichts Vergleichbares mehr. Die vom Schweizer Fahrzeughersteller und Familienbetrieb in Schübelbach (SZ) eingereichte Richtofferte beinhaltet den Eintausch des Mitsubishi Pajero, der seit 8 Jahren im Dienst der Gemeinde Köniz steht und sehr reparaturanfällig ist. Dafür werden beim stolzen Preis für den "Meili 7000" von 250'000 Franken aber auch Salzstreuer, Schneepflug und Böschungsmäher mitgeliefert. Die FDP-Fraktion fragt sich aber, über wie viele Fahrzeuge der Fuhrpark der Gemeinde Köniz verfügt. Passt dieses Fahrzeug in den bestehenden Fuhrpark? Nach welchen Kriterien wird ein solches Kommunal- und Spezialfahrzeug beschafft? Wäre eventuell Leasing eine Möglichkeit? Wie hoch werden die Unterhalts- und ganz allgemein die Betriebskosten der zukünftigen Errungenschaft sein? Der Antrag lässt diese Fragen offen. Heute erhielt ich vom Abteilungsleiter Abteilung Verkehr und Unterhalt (AVU) entsprechende Antwort: Energieeffizienzkategorien bestehen nur für Wagen bis 3'500 kg. Der "Meili 7000" ist ein Nutzfahrzeug, hat Eurostufe 5 und wird standardmässig mit Partikelfilter ausgerüstet. Die Betriebskosten sind – weil keine Erfahrungswerte vorhanden sind – nicht bezifferbar. Der Fahrzeughersteller gibt an, dass diese 1'500 bis 1'600 Franken pro Jahr ausmachen würden. In der Gemeinde Köniz gibt es keine fahrzeugbezogenen Kostenrechnungen, weil sich die Autos jeweils im Besitz der Abteilungen befinden. Wir begrüßen, dass die AVU in Vorbereitung einer Vorlage für den Gemeinderat ist, mit welcher die Fahrzeuge einer zentralen Stelle zugeordnet werden sollen. Weitere Modelle wie Leasing, Outsourcing, usw. werden geprüft.

Der "Meili 7000" ist ein Nutzfahrzeug mit mehr als 3,5 Tonnen, d. h. eine Arbeitsmaschine. Der Gemeinderat hat bereits 2007 bei einer Beantwortung des Postulats 0634 "Energieklasse-A-Fahrzeuge für die Gemeinde" festgehalten, dass auf ökologische Aspekte Wert gelegt wird. Bei der Fahrzeugbeschaffung stehen drei Kriterien im Vordergrund: Erstens die vorgesehene Nutzung, zweitens die Energieeffizienz der Fahrzeuge, drittens beeinflusst der Preis respektive das Budget einen allfälligen Kauf stark. In Anbetracht dessen, dass der nächste Winter bestimmt kommt, wie auch Jahreszeiten in denen die Böschungen gepflegt werden müssen sowie der im Antrag aufgeführten Argumente, dass der bisher verwendete Schneepflug sehr reparaturanfällig und auch zu ersetzen ist, dass der Salzstreuer ersetzt werden muss, hingegen beim "Meili 7000" die vorgenannten Accessoires – unter anderem der Böschungsmäher – mitgeliefert werden, er eine Nutzungsdauer von 12 bis 15 Jahren hat und sich diese Investition lohnt, stimmt die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Wenn das Aufgabengebiet – wie beim Strassenunterhalt offensichtlich der Fall – erweitert wird, wird in aller Regel zuerst geprüft, ob Hilfsmittel für effizienteres Arbeiten vorhanden sind. Wenn solche Hilfsmittel zwischen 20'000 bis 30'000 pro Jahr kosten, ist das ein Equivalent von 10 bis 15 Prozent einer Anstellung. Aus dieser Optik erscheint die ganze Sache einigermaßen plausibel. Schaut man auf andere Gemeinden und fragt sich, ob auch diese solche Geräte und damit gute Erfahrungen gemacht haben, ist das sehr oft der Fall. Die Begründung in den Unterlagen ist sehr technisch und in meinen Augen

etwas emotionell. Wäre eine Wirtschaftlichkeitsrechnung in den Unterlagen aufgeführt, hätte meiner Ansicht nach die Anschaffung zu keinen Diskussionen geführt.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Die SP-Fraktion geht mit dem Gemeinderat dahingehend einig, dass der Ersatz des Mitsubishi Pajero Sinn macht. Die Anschaffung eines multifunktionalen Gemeindefahrzeugs ist zweckmässig und ein Beitrag zur Rationalisierung, was bei engem Personalbestand und zusätzlichen Aufgaben unerlässlich ist. Man könnte sich aber auch überlegen, ob es nicht besser wäre, niederschwellige Arbeitsplätze zu schaffen und damit möglicherweise Fürsorgekosten zu vermeiden oder zu senken. Diese Idee ist nicht "auf meinem Mist" gewachsen, sondern das hat alt Gemeinderat Daniel Pauli (SVP) auch schon zu bedenken gegeben und dannzumal den Verein NAK (Neue Arbeitsplätze Köniz) gegründet. Diese Stimmen sind nun aufgrund der Finanzlage verstummt. Meine Beobachtungen anlässlich der Budgetdebatten der letzten Jahre zeigen, dass das Parlament einen möglichst kleinen Personalbestand will. Deshalb muss jetzt auch hier in der Gemeinde Köniz Menschenarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt werden. Dieses Dilemma wollte ich hier aufdecken. In der GPK gibt es Parlamentsmitglieder, die das Submissionsverfahren vor der Kreditvorlage im Parlament durchgeführt haben möchten. Dies weil die Befürchtung vorhanden ist, dass sich Unternehmen an den publizierten Krediten orientieren und somit wissen, was sie verlangen können. Nur: Will man so handeln, wird der Druck auf das Parlament grösser, beantragten Kreditvorlagen jeweils zuzustimmen. Denken wir z. B. an die Wabersacker- oder Landorfstrasse – zwei zurückgewiesene Geschäfte -, wo aufwändige Submissionen "für die Katz" gewesen wären. Ich habe keine solchen Befürchtungen, denn es finden sich immer wieder Anbieter, die die anderen unterbieten und möglicherweise auch den beschlossenen Kredit. Bei einer kleineren Anzahl Anbieter ist die Gefahr gross, dass sich diese gegenseitig vorher absprechen können. Da diese Frage immer wieder auftaucht, wäre es in meinen Augen gut, wenn sich der Gemeinderat bei den Städten Bern, Thun, Biel und bei anderen Kommunen über deren Verfahren erkundigt.

Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Das beantragte Kommunalfahrzeug ist für den Strassenunterhalt ein sehr wichtiges. Wir sind auf gut funktionierende Fahrzeuge angewiesen. Für einen Personenwagen sind 140'000 gefahrene Kilometer nicht sehr viel, für ein Fahrzeug unseres Bestandes jedoch schon, weil diese anderen Ansprüchen ausgesetzt sind, wie Winterdienst, salzen, usw. Ein defektes Schneeräumungsfahrzeug verursacht im Winter grosse Lücken bei der Schneeräumung.

Zu Hansueli Pestalozzi: Er hat ausgeführt, dass der "Meili 7000" einen höheren Dieserverbrauch hat. Seine Ausführungen haben aber gezeigt, dass der Vergleich nicht leicht ist, weil beim einen Fahrzeug der Verbrauch pro 100 Kilometer und beim anderen pro Stunde angegeben wird. Die im Antrag aufgeführte Kaufsumme von 250'000 Franken ist in einer öffentlich einsichtbaren Preisliste aufgeführt.

Ich erkläre mich über den Nichteintretensantrag der BDP-Fraktion erstaunt. Ich bin der Meinung, dass der Vertreter der BDP-Fraktion in der Finanzkommission umfassend über unsere Finanzlage – die nicht so schlecht aussieht – informiert worden ist. Die Kosten für das anzuschaffende Fahrzeug werden mit den für die Strassensanierung im Spiegel vorgesehenen und, da die Sanierung hinausgeschoben wird, nicht benötigten Mittel kompensiert.

Zu Niklaus Hofer: Er fragte, ob der Laubsauger und der Wassertank gleich auch noch zu vielleicht günstigen Konditionen angeschafft werden können. Das Fahrzeug könnte mit zusätzlicher Ausrüstung ausgestattet werden, was jedoch den Preis erhöht. Der Laubsauger und der Wassertank müssen nicht oft benützt werden. Da das zum Kauf vorgesehene Fahrzeug in anderen Gemeinden im Einsatz ist, besteht die Möglichkeit, diese Zusatzgeräte einzumieten. Wie viel ein allfälliger Eintauch des Mitsubishi Pajero erzielen würde, kann ich hier nicht beziffern, das ist Teil des Pflichtenhefts, das in die Submission gegeben wird. Zur Frage, ob aufgrund des stetig steigenden Aufgabenbereichs des Dienstzweigs Unterhalt mehr Schneeräumungsarbeiten an Landwirte vergeben werden könnte: Ein Teil der Schneeräumung wird bereits von Externen erledigt, vor allem von Landwirten, aber auch durch Unternehmungen. Die Kosten bei der Schneeräumung sind aufgrund des Pikettdiensts hoch. Zurzeit sind wir der Meinung, ist der Bedarf gedeckt. Wird das Strassennetz der Gemeinde Köniz jedoch weiter ausgebaut, muss dieser Umstand abgeklärt werden.

In Bezug auf die WTO-Ausschreibung: Gemäss einer internen Richtlinie muss ab 200'000 Franken eine WTO-Ausschreibung vorgenommen werden. Diese Richtlinie wurde mit dem vrb (Verband Region Bern) koordiniert. Über diese Richtlinie kann aber diskutiert werden. Da mit diesem Fahrzeug das Personal von viel Handarbeit entlastet werden kann, ist es für die Arbeit des

Dienstzweigs Unterhalt wichtig, auch wenn dafür keine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgenommen worden ist.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Niklaus Hofer (SVP): Christoph Salzmann hat vorhin festgehalten, dass Personal durch Maschinen ersetzt wird. Muss aufgrund der Anschaffung dieses Fahrzeugs Personal entlassen werden?

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Das ist nicht der Fall. Mit dem Fahrzeug kann effizienter gearbeitet werden. Da sich – wie bereits erwähnt – der Aufgabenbereich des Dienstzweigs Unterhalt stetig erweitert, kann das Personal andere, ebenso wichtige Arbeiten erledigen.

Beschluss

Für die Beschaffung eines Kommunalfahrzeuges mit Winterdienstgeräten und Böschungsmäher wird ein Kredit von CHF 250'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr.: 2620.506.0144 "Beschaffung Kommunalfahrzeug für den Strassenunterhalt" bewilligt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

4. Wabern, Eichholzstrasse/Giessenweg - Wasserleitungersatz

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Den Antrag und Bericht des Gemeinderats haben Sie mit den Unterlagen für die heutige Sitzung erhalten. Das Vorgehen: Nach dem GPK-Referenten folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Zum Schluss erfolgt die Abstimmung

GPK-Referent Heinz Nacht (SVP): Wiederum ist eine oft defekte Graugussleitung zu sanieren. Die aus dem Jahr 1935 stammende Graugussleitung befindet sich im untersten Teil der Eichholzstrasse/Giessenweg in Wabern. In den letzten Jahren waren zehn Leitungsdefekte zu beklagen. Ein Grund, weshalb diese Leitung vermehrt defekt ist, kann darin liegen, dass sich diese fast an der Aare befindet und dadurch etwas mehr Druck – ca. 9 bar – vorhanden ist. Die Leitung befindet sich in der Prioritätenstufe 1, d. h. ein Ersatz sollte möglichst rasch erfolgen.

Es handelt sich um 230 Meter Hauptleitung mit einem Alter von 77 Jahren. Die bestehende Leitung mit einer NW (Nennweite innen) von 100 mm wird durch eine mit einer NW von 125 mm ersetzt. Die Hydranten müssen nicht ersetzt werden, da sie aufgrund einer Überprüfung in Ordnung sind. An dieser Leitung befinden sich zwölf Hauptanschlüsse, wovon deren acht älteren Datums sind. Die Eigentümer dieser Liegenschaften können jeweils selber entscheiden, ob sie ihre Leitungen ersetzen wollen. Der Leitungersatz kostet in etwa rund 5'000 Franken. Leider können bei diesem Projekt keine Synergien genutzt werden.

Zur Finanzierung: Gemäss dem Kostenvoranschlag mit einer Genauigkeit von ± 10 Prozent, wird das Ganze ungefähr 295'000 Franken – ohne Mehrwertsteuer – kosten und wie immer bei solchen Geschäften, über die Spezialfinanzierung abgerechnet.

Zur Nachhaltigkeit: Es handelt sich um eine nachhaltige Sanierung und man geht davon aus, für die nächsten 80 Jahre Ruhe zu haben.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Auch die SVP-Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne): Die Fraktion der Grünen Köniz wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Mir stellt sich folgende Frage: Im Antrag ist festgehalten, dass keine Synergien genutzt werden können, weil kein weiterer Bedarf besteht, andere Leitungen gleichzeitig zu verlegen. Wie steht es hier in Bezug auf die Vernetzung von Wabern mit Glasfaser? Ist dies ein Thema?

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP) in Vertretung von Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich danke bestens für die positive Aufnahme des Geschäfts. Zur Frage von Liz Fischli-Giesser: Der Abteilungsleiter der Gemeindebetriebe, Christian Flühmann, hat erklärt, dass die

Erschliessung von Wabern mit Glasfaser gemäss Swisscom für 2015 vorgesehen ist. Es ist nicht geplant, dass die Swisscom eine Leitung verlegen, sondern mittels einzelnen Baugruben die Kabel in bestehende Rohre einziehen wird.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Beschluss

Für den Wasserleitungersatz Eichholzstrasse / Giessenweg wird ein Kredit von insgesamt CHF 295'000.00 zuzüglich Teuerung bewilligt. Der Kredit wird der Investitionsrechnung Konto Nr. 5550.501.4339 belastet.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

5. 1001 Postulat (SP) "Open Sunday - Midnight-Sports: die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche"

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

Anna Mäder (SP): Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats zu diesem Postulat ganz und gar nicht zufrieden.

Mit dem Postulat ist der Gemeinderat aufgefordert worden zu prüfen, ob die Angebote "Open Sunday" für Kinder und "Midnight-Sports" für Jugendliche für die ganze Gemeinde eingeführt werden können. Erhalten haben wir einen Bericht über Spiel- und Sportangebote, die öffentlich von Familien mit Kindern genutzt werden können. Erhalten haben wir im Wesentlichen eine Zusammenfassung des Leistungsauftrags der "jak" (Jugendliche aktiv Köniz). Dem Tätigkeitsbericht der "jak" kann nicht einmal entnommen werden, wie viele sportliche Anlässe wo angeboten worden sind. Das hat – mit Verlaub – nicht sehr viel bis gar nichts mit den Projekten "Open Sunday - Midnight-Sports" zu tun. Richtig ist einzig, dass die angestrebten Ziele dieselben sind. Immerhin wird im Bericht erwähnt, dass die Nachfrage gross war. Lese ich den Bericht, muss ich feststellen, dass offensichtlich gar nicht bekannt ist, wie die Projekte "Open Sunday - Midnight-Sports" genau funktionieren. Das erstaunt nicht speziell, hat doch gemäss meinen Informationen niemand von der Gemeinde Kontakt mit der Stiftung "idee:sport" aufgenommen. Das ist schade, denn dadurch hätte man in Erfahrung bringen können, wie die Projekte in anderen Gemeinden aufgegleist worden sind und wie sie funktionieren. Dort hätte in Erfahrung gebracht werden können, dass die Stiftung die Projektadministration und die Rekrutierung des Hallenteams übernimmt und für die Finanzierung, nicht nur mit der Gemeinde, sondern auch mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) und mit dem Tabakpräventionsfonds des Bundes zusammenarbeitet. Dort hätte auch in Erfahrung gebracht werden können, dass in einer Pilotphase regelmässig Berichte abgeliefert werden, aus welchen ersichtlich ist, wer teilgenommen hat, welche Altersgruppe mit welcher Regelmässigkeit. Das wären wertvolle Informationen für die JugendarbeiterInnen. Die Stiftung arbeitet eng mit Vereinen vor Ort zusammen. Hätte man diesen Kontakt gesucht, wäre klar, dass Midnight-Sports nicht als einzelner Event konzipiert ist, sondern als regelmässiger wöchentlicher Anlass und gerade eben nicht so, wie es zurzeit in der Gemeinde Köniz gehandhabt wird. Die Gemeinde Köniz ist vom Verein bereits einmal kontaktiert worden und er hat im Frühling 2008 mittels einem sehr kurzen Brief eine Absage erhalten. Nachdem das Parlament unser Postulat – nach dieser Absage – erheblich erklärt hat, hätte ich vom Gemeinderat erwartet, dass dieser Kontakt neu aufgenommen und ganz konkret geklärt wird, ob die Einführung von "Open Sunday - Midnight-Sports" in Köniz überhaupt möglich ist. Auch hätte ich erwartet, dass gemeindeintern abgeklärt worden wäre, inwieweit der Schulsport, aber auch die Sportvereine mit einbezogen werden könnten. Nichts davon ist im Bericht enthalten.

Ich halte hier fest, dass ich mit dem Jugendparlament Kontakt hatte. Von dieser Seite habe ich erfahren, dass auch sie mit dem Bericht nicht zufrieden sind. Sie baten mich, ihren Standpunkt hier einzubringen, was ich gerne tue: Das Jupa hätte gerne, wenn diese Anlässe regelmässig stattfinden würden und nicht nur in Form von einzelnen Events. Sie möchten gerne selber entscheiden können, welche Sportarten durchgeführt werden. Gemäss Jupa sollten die Anlässe auch für 13- bis 25-jährige offen sein und nicht nur für 13- bis 18-jährige. Es sollten mehr Angebote an zentralen Standorten der Gemeinde Köniz durchgeführt werden. Die Jugendlichen sollten besser über diese Veranstaltungen informiert werden. Soweit der Input des Jupa, der sich im Übrigen mit den Ideen der Stiftung "idee:sport" deckt.

Langer Rede kurzer Sinn: Der erhaltene Bericht ist kein Bericht zu den Projekten "Open Sunday - Midnight-Sports" und kann deshalb das Postulat nicht erfüllen. Ich finde, das Anliegen verdient

eine seriöse Behandlung und Prüfung. Ich kann hier nicht mitteilen, ob eine Durchführung solcher Angebote in der Gemeinde Köniz möglich ist oder nicht. Wenn das Parlament mit einer doch breit abgestützten Mehrheit einen Prüfbericht zu dieser Frage verlangt, ist es nicht zu viel verlangt, dass die Frage seriös geprüft wird. Aus diesem Grund bitte ich Sie, das Postulat nicht abzuschreiben und damit dem Gemeinderat die Möglichkeit zur Nachbesserung zu geben. Ich schlage vor, die Erfüllungsfrist um ein Jahr zu verlängern, damit eine seriöse Klärung möglich ist.

Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP): Engagierte Personen, die seit der Einreichung dieses Vorstosses oder sogar vorher darüber nachgedacht haben, solche Anlässe in der Gemeinde Köniz zu organisieren oder an der Realisierung mitzuwirken, haben sich bei der Einreichung und erst recht bei der Erheblicherklärung des Postulats gedacht: Perfekt, die Gemeinde prüft nun die Angebote, wie sie bereits andernorts existieren, und legt einen Bericht vor, in dem alles enthalten ist, das man wissen muss, um einen Beitrag zu leisten. So z. B. welche Events in diesem Rahmen bereits existieren, wann Anlässe stattfinden oder wie oft sie bereits stattgefunden haben, wie die Gemeinde diese Projekte unterstützt und wo man sich melden kann, um daran mitzuarbeiten. Über zwei Jahre nach der Erheblicherklärung des Vorstosses lesen diese Personen, die aus den von mir erwähnten Gründen nichts Neues angerissen und auf die Antwort des Gemeinderats gewartet haben, den sage und schreibe zweiseitigen Prüfungsbericht und müssen enttäuscht den Kopf schütteln. Hand aufs Herz lieber Gemeinderat: Wären Sie als Parlamentsmitglieder befriedigt über diesen Bericht? Als Gemeinderat werden Sie es sein, denn sonst wäre dieses Dokument nicht verfasst worden.² An der Parlamentssitzung vor zwei Jahren war die Rede von einem Pilotprojekt. Im aktuellen Bericht wird kein Wort darüber verloren, ob das Projekt durchgeführt worden ist oder nicht und wenn nicht, weshalb nicht. Vor allem kam an der damaligen Sitzung von verschiedenen Seiten die Anregung, mit dem Jupa Kontakt aufzunehmen, denn die Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema befasst, ist motiviert mitzutun. Bis heute hat das Jupa keine Anfrage von der Gemeinde erhalten. Bei der Überprüfung des Angebots "Midnight-Sports" sind genauere Angaben notwendig, was alles in der Gemeinde bereits durchgeführt worden ist. Ich zitiere: "Ein Teilbereich der "jak" konzentriert sich in Anlehnung an "Midnight-Sports" auf grössere Events in Turnhallen gezielt an Wochenenden und in Abendstunden." Was heisst Abendstunden? Der Interpretationsspielraum ist erheblich. Das Spezielle an diesem Anlass soll sein, dass bis Mitternacht Sport getrieben werden kann und er nicht bereits um 20.00 Uhr endet. Für die ungenauen Angaben, die schwammige Haltung zu diesen Projekten und die Nichterfüllung des Prüfungsauftrags – dem eigentlichen Kernstück des Vorstosses – kann sich die CVP/EVP/GLP-Fraktion nicht erwärmen und wird das Postulat nicht abschreiben. Wir verlangen einen Bericht, mit dem das Konzept "Open Sunday - Midnight-Sports" seriös auf die Umsetzung in der Gemeinde Köniz geprüft wird. In dem enthalten ist, welche Kriterien an die Veranstalter der erwähnten Anlässe gestellt werden und dass das Gespräch mit bestehenden Gruppierungen – wie dem Jupa – gesucht wird, die bereit sind, einen freiwilligen Beitrag zu leisten. Auch die KJGO (Könizer Jugendgruppen Organisation) wäre ein möglicher Ansprechpartner dafür. Unsere Fraktion sieht in diesen Anlässen ein grosses Potenzial, das jedoch nur dann ausgeschöpft werden kann, wenn von der Bevölkerung und auch von den Jugendlichen Engagement gezeigt wird. Die Gemeinde muss aber solide Grundvoraussetzungen schaffen und diese kommunizieren.

Ein Wort zur Nachfrage, die heute angeblich gedeckt sein soll: Stellen Sie sich vor, dass niemand weiss, dass die Gemeinde Köniz den Wakker-Preis erhalten hat. Was wäre dann? Dem Gemeinderat ist klar, dass die "Wakker-Angebote" bekannt gemacht werden müssen. Das ist bei Jugendprojekten nicht anders. Es muss nicht unbedingt im Wakker-Stil stattfinden, etwas mehr Publicity vonseiten der Gemeinde für diese Projekte wäre aber schön, z. B. mit Medienmitteilungen, einem Beitrag im Anzeiger Region Bern oder Plakaten. So findet man freiwillige Personen, die sich engagieren und Jugendliche, die diese Angebote dankend nutzen können und vielleicht die zukünftigen Helfer an solchen Events sind. Unsere Fraktion ist zuversichtlich, dass solche Anlässe, die einen wichtigen Beitrag zur Aktivierung von Kindern und Jugendlichen leisten, zustande kommen können.

Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP): Die SVP-Fraktion sieht dies etwas anders. Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat für den Bericht. Diesem kann entnommen werden, dass die Angebote "Open Sunday - Midnight-Sports" ausser im Wangental, in allen Ortsteilen der Gemeinde Köniz während des Winterhalbjahres angeboten und auch genutzt werden. Im Sommer können unserer Meinung nach Eltern aus eigener

² An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Korrektur verlangt.

Initiative mit ihren Kindern etwas unternehmen. Ich habe gehört, dass die "Open Sundays"-Angebote von den Vereinen zur Freude der Kleinkinder und ihren Eltern betrieben werden. Für uns stimmt das Angebot bei beiden Projekten. Es gefällt uns, dass durch "jak" die Jungen bei der Planung, Organisation und Durchführung der Anlässe miteinbezogen werden. Eigeninitiative kann so gelernt werden. Bestünde die Möglichkeit, diese Angelegenheit dem Jupa zu übergeben, damit die Jugendlichen die Organisation übernehmen können? Wir anerkennen die Freiwilligenarbeit, die bei beiden Projekten geleistet wird und danken allen Beteiligten. Ich gebe Ihnen noch Folgendes zu bedenken: Für solche Anlässe müssen die Schulhausabwarte jeweils bis um 24.00 Uhr präsent sein. Wir werden der Abschreibung des Postulats einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne): Die Förderung von Bewegung und Sport bei Jugendlichen und Junggebliebenen ist mir ein wichtiges Anliegen. Liest man den Bericht, kann man der Meinung sein, dass der Förderungswille des Gemeinderats hier nicht herauszuspüren ist. Ich bin derselben Meinung wie Elisabeth Rüeegsegger, dass nicht der Staat oder die Gemeinde Verantwortung für solche Anliegen übernehmen muss. Ich bin jedoch der Meinung, der Gemeinderat ist hier in der Pflicht, Förderungswillen zu zeigen und Bewegung und Sport in unserer Gesellschaft zu unterstützen. Im Bericht habe ich Folgendes vermisst: Wenn es schon heisst, dass die Arbeitsgruppe "jak" evaluiert was an diesen Events getan wird, wie viele Leute daran teilnehmen, erwarten wir, dass darüber in einem solchen Bericht gelesen werden kann. Ich konnte darüber aber zu meinem Erstaunen nichts finden. Bei der Feststellung, dass der Aufwand für die Reinigung der Turnhalle im Anschluss an solche Events aufwändig ist, kommt mir der Förderungswille des Gemeinderats zu wenig zum Ausdruck. Ich halte dies hier im Hinblick auf die eingereichte Motion 1209 "Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept" fest. Hier erwarte ich mehr vom Gemeinderat.

Die Fraktion der Grünen wird die Abschreibung des Postulats einstimmig ablehnen.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Kein Votum halten, einstimmig abschreiben, so lautete der Beschluss der FDP-Fraktion zu diesem Vorstoss. Das Thema war aus unserer Sicht absolut trivial. Aufgrund diverser Mails haben wir Anna Mäder versprochen, ihrem Votum zuzuhören. Wir haben das Thema kurz diskutiert und folgende Punkte festgehalten: Wir unterscheiden zwischen Inhalt und Bericht. Das Postulat fordert einen Bericht. Liest man den Text genau, ist aber zu wenig abgeklärt worden. Weiter halten wir fest, dass Eigenverantwortung aus unserer Sicht wichtig ist. Wir möchten hier – und nun bin ich auf der inhaltlichen Ebene – keine so genannte Staatsinstitution schaffen, die krampfhaft versucht, Kinder von der Strasse zu holen, wenn keine Nachfrage vorhanden ist. Es soll nicht für viel Geld ein Gefäss aufgebaut werden, das – wie beim Jugendtreff ersichtlich – am Schluss leer bleibt.

Deshalb hat die FDP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Ich halte hier fest, dass das Thema Reinigung, die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs und das Thema Nachfrage im Bericht dargelegt sein sollen, damit Entscheidungsgrundlagen für oder gegen die Einführung vorhanden sind. In dem Sinn zeigen wir uns flexibel, wären jedoch froh, wenn ein nächstes Mal früher auf uns zugekommen würde.

Stephie Staub-Muheim (SP): Zu Elisabeth Rüeegsegger: Der angebotene "Open Sunday" ist für Kleinkinder im Alter von 3 bis 5 Jahren. "Open Sunday"-Angebote für Kinder und Jugendliche zwischen 13 und 25 Jahren sind in der Gemeinde Köniz fast nicht vorhanden. Das kann nicht von Eltern allein auf die Beine gestellt werden, dafür sind Gefässe notwendig, wo man sich informieren kann. Ich wäre froh, wenn der Bericht vom Gemeinderat nochmals aufgearbeitet wird und die guten hier angesprochenen Ideen aufgenommen werden. In diversen Kantonen laufen diese Angebote sehr gut.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich habe verstanden: Sie erklären sich vom Bericht nicht zufrieden. Ich halte hier fest, dass der Gemeinderat von Köniz den von der DBS eingeschlagenen pragmatischen Weg begrüsst. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der Weg von unten nach oben gehen muss und nicht umgekehrt. Das heisst, Angebote, für die genügend Nachfrage vorhanden ist, werden gefördert und was nicht gross nachgefragt wird, soll nicht flächendeckend überall in der Gemeinde durchgeführt werden. Dieser pragmatische Weg ist ausserdem kostenbewusst. Der Bericht sei zu schwammig, wurde erwähnt. Ich nehme das zur Kenntnis. Es wurde vorgehalten, dass die "juk" nicht involviert worden sei. Auf Seite 2 ist zu lesen: "Über den Verein juk – Jugendarbeit Köniz – werden verschiedene Projekte auch direkt durch die Gemeinde unterstützt und gefördert, so auch das Projekt "Midnight-Sports", welches einen wesentlichen Bestandteil des Angebotes "jak" – Jugendliche aktiv Köniz" bildet. Man kann

etwas auch schlechter darstellen als es eigentlich ist. Wir fördern tatsächlich sehr vieles und haben – wie im Bericht ausgeführt – diese Gruppierungen unterstützt. Zu Anna Mäder: Wenn sie festhält, dass wir nicht nachgefragt und uns nicht erkundigt haben, muss ich feststellen, dass dies nur bedingt richtig ist. Wir haben uns nach dem schweizerischen Projekt erkundigt. Bald einmal mussten wir feststellen, dass es sich um eine Anschubfinanzierung handeln könnte, d. h. eine Person würde in der Gemeinde Köniz an vielleicht einem Ort Unterstützung anbieten. Wenn, wie in Bern, solche Angebote zu einem späteren Zeitpunkt selber finanziert werden müssen, wird das zwischen 30'000 und 40'000 Franken kosten. Bern hat dafür fast 50'000 Franken bezahlt. Die Gemeinde Köniz muss ihre Finanzen im Griff haben und deshalb wurde der pragmatische Weg gewählt. Nun können Sie erklären, dass dies im Bericht nicht so festgehalten worden sei. Das nehme ich so zur Kenntnis und diese Aussagen stimmen vielleicht zum Teil. Die Finanzierung solcher Projekte läuft zu 80 Prozent über Gemeinden, Kantone und Private, 20 Prozent werden von Sponsoren übernommen, die aber zuerst gefunden werden müssen. Sie haben erklärt, dass in der Gemeinde Köniz wenig getan und die Jungen nicht unterstützt werden. Welche andere Gemeinde in der Schweiz gibt 300'000 Franken für den Schulsport aus? Ich nehme die Kritik entgegen, zu wenig auf den Bericht eingegangen zu sein. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der pragmatische Weg der richtige sei. Sollte das Projekt gut anlaufen, kann es unter Umständen der Fall sein, dass nochmals für eine Anstossfinanzierung nachgefragt wird.

Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie den Vorstoss mehrheitlich nicht abschreiben wollen und damit die Verwaltung nochmals beschäftigen. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass Patrik Locher festgehalten hat, dass gute Ideen nicht aufgenommen werden. Das stimmt nicht, auf gute Ideen wird gehört. Ich bitte Sie, den Vorstoss abzuschreiben.

Beschluss

Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Zu Bernhard Bichsel: Sie wollen den Vorstoss nicht abschreiben. Es handelt sich um ein Postulat, dessen Erfüllungsfrist nun vielleicht um ein Jahr verlängert wird. Das heisst noch lange nicht, dass die Projekte auch durchgeführt werden.

Beschluss

Die beantragte Verlängerung der Erfüllungsfrist bis zum 23. August 2013 wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

6. 1206 Postulat (FDP.Die Liberalen Köniz) "Zustand Riedmoosstrasse - Moosweg"

Beantwortung und Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Bernhard Bichsel (FDP): Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für den vorliegenden Bericht, der die Komplexität, die Fakten und die Zusammenhänge gut aufzeigt. So gut der Bericht in der FDP-Fraktion und bei mir angekommen ist, das konkrete Resultat ist leider unbefriedigend, insbesondere der Umstand, dass eine Erschliessung der Riedmoosstrasser via Bauhaus-Kreisel noch Jahre dauern wird. Gerade diese Erschliessung wäre zentral, um einen grossen Schritt in Bezug auf Strassenqualität und –sicherheit weiterzukommen. Persönlich bin ich auch nach dem Lesen des Berichts der Ansicht, dass der heutige Zustand der Strasse schlecht ist. Für Motorrad Fahrende, den Langsamverkehr und Fussgänger ist die Situation besonders gefährlich. Es sind Lösungen in der Planung, die aber noch etwas Zeit benötigen, wird festgehalten. Das ist unbefriedigend. Seit der Eröffnung des Einkaufszentrums Westside hat das Verkehrsaufkommen auf dieser Verbindungsstrasse stark zugenommen. Umso erstaunlicher ist es für mich, dass keine öV-Erschliessung aus Köniz in Richtung Westside vorhanden ist. Es ist zu begrüßen, wenn hier ein Versuchsbetrieb realisiert werden kann.

In Bezug auf die Linie 29 in Niederwangen habe ich einen Input: Ich bin mir bewusst, dass die Planungsabteilung gerne einen grossen Busbahnhof im Zentrum von Niederwangen sähe. Vom Perron der Bahnlinie auf die Riedmoosbrücke sind jedoch zwei Lifttürme erstellt worden und von dort aus eine öV-Verbindung ins Westside zu realisieren, wäre näher an den Bedürfnissen der Bevölkerung von Niederwangen. Beim Lesen des Berichts sind mir einige Punkte aufgefallen, die ich gerne in Form von Fragen an den Gemeinderat richte. Die erste Frage betrifft die Durchlässigkeit des Langsamverkehrs: Wie steht es mit der Einreichung des Baugesuchs?

Kann dieses im Herbst 2012 eingereicht werden? Ist die Zeitplanung on track? Die zweite Frage: Wie ist der Stand der privat finanzierten Erschliessung vom Bauhaus-Kreisel zur Rehgasse? Gemäss Bericht hätte dies im Sommer 2012 erfolgen sollen. Zurzeit sind dort jedoch noch keine Arbeiten im Gang.

Ich fordere den Gemeinderat auf, diese Sache intensiv mit der Gemeinde Bern weiter zu verfolgen. Die Situation auf der Riedmoosstrasse ist aus meiner Sicht nicht unkritisch, weil diese sehr stark befahren ist. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderats und stimmen der Erheblicherklärung und – weil der Bericht vorliegt – der gleichzeitigen Abschreibung einstimmig zu.

Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP): Für den Langsamverkehr ist die Riedmoosstrasse aktuell gefährlich. Wir begrüssen deshalb, dass die notwendigen Massnahmen eingeleitet worden sind und bereits im nächsten Sommer eine gesicherte Fuss- und Radwegverbindung entlang der Riedmoosstrasse realisiert sein soll. Auch ist in unseren Augen gut, dass die öV-Erschliessung von Niederwangen ins Westside in das Netzerweiterungsangebot 2012 – 2017 eingeflossen und ein Versuchsbetrieb in Aussicht gestellt ist. Für uns ist vor allem aber wichtig, dass die öV-Bedürfnisse in der Gemeinde Köniz auch in Zukunft richtig priorisiert werden. Erste Priorität muss die gute Erschliessung der Wohnquartiere haben. Ich denke hier z. B. an das Büschliacker-Quartier in Schlieren, aber auch an die Abenderschliessung Maygut – Eichholz in Wabern, Ried-Niederwangen oder Gurten-Gartenstadt. Hier bestehen noch grosse Lücken. Am Abend läuft der Betrieb nur bis maximal 21.00 oder 22.00 Uhr und nach 20.00 Uhr nur noch im Halbstundentakt. Auch durch den Moonliner sind nicht alle Ortsteile gut bedient. So muss man, um von Bern ins Steinhölzli zu gelangen, zuerst durch ganz Köniz, nach Schlieren und über den Spiegel fahren. Die Fahrzeit verlängert sich ungemein. Wenn ich heute Abend mit dem öV vom Schloss aus in den Spiegel fahren will, braucht das mehr als 20 Minuten. Wichtig ist auch in Zukunft, das öV-Netz zu erweitern, das aber mit der richtigen Priorisierung.

Zur Erschliessung der Riedmoosstrasse via Bauhaus-Kreisel: Auch hier sind wir überzeugt, dass das aufgezeigte Vorgehen richtig ist, indem die Resultate der interkommunalen Entwicklungsstudie abgewartet werden und anschliessend eine geeignete Lösung gesucht wird.

Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats zustimmen.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Der Zustand der Riedmoosstrasse und des Mooswegs sind heute nicht gut und Handlungsbedarf ist vorhanden. Hätte die FDP-Fraktion jedoch vor der Einreichung des Vorstosses den Richtplan Verkehr gelesen, hätte sie gesehen, dass der vorliegende Vorstoss vielleicht gar nicht nötig gewesen wäre. Eine Sache fehlt mir in den Unterlagen: Ich finde nirgends aufgeführt, wie viele Autos auf dieser Verbindung überhaupt fahren. Ich schätze den DTV (durchschnittlicher täglicher Verkehr) auf nicht mehr als 5'000 bis 7'000 Autos. Der gefühlte Zustand der Riedmoosstrasse ist sicher schlechter als der objektive. Der schlechte Zustand – eine Schotterpiste und die enge Strasse – erfordern einen aufmerksamen Fahrstil, d. h. Verunsicherung schafft mehr Sicherheit, auch wenn das für die Verkehrsteilnehmenden nicht angenehm ist.

Trotzdem ist der Zustand im Besonderen für den Langsamverkehr nicht gut und aus unserer Sicht soll der Radweg möglichst rasch realisiert werden. Wir stimmen auch der öV-Planung zu. Allerdings ist festzuhalten, dass das Westside via Ausserholligen bereits heute sehr gut erschlossen ist und eine allfällige Tangente nicht rege benützt würde. Die Situation für den MIV (motorisierter Individualverkehr) kann aus unserer Sicht verbessert werden, z. B. via Bauhaus-Kreisel. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass es zu keiner Kapazitätsausweitung kommen wird. Je attraktiver eine Strasse desto mehr Verkehr wird angezogen. Wichtig ist aus unserer Sicht das Fahrverbot für Lastwagen, das möglichst bald umgesetzt werden soll. Die Querverbindung ist aus der Sicht der Strassenkapazitäten nicht notwendig, auf der A1 und A12 ist noch viel Platz vorhanden.

Die Grünen stimmen dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats zu.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Der Handlungsbedarf ist durch die Gemeinde erkannt und dort wo gehandelt werden kann, wird dies auch getan. Die Verbindung für den Langsamverkehr wird – wenn alles gut läuft – im nächsten Jahr realisiert. Wir gehen davon aus, dass Ihnen anfangs 2013 der Antrag dafür vorliegen wird und diese Verbindung nächstes Jahr – wenn keine Einsprachen eingereicht werden – realisiert werden kann. In Bezug auf das öV-Angebot: Wir haben uns bei der Regionalkonferenz dafür eingesetzt, diese zu prüfen. Die Projektstudie ist ausgelöst. Das heisst aber noch nicht, dass die Busverbindung wirklich realisiert wird. Zuerst muss abgeklärt werden, ob das Potenzial überhaupt vorhanden ist und ob das Kos-

ten-/Nutzen-Verhältnis aufgeht. Genau das wird zurzeit in der Projektstudie geprüft und erst danach wird über einen allfälligen Versuchsbetrieb entschieden.

In diesem komplexen Bereich ist nicht alles nur von der Gemeinde Köniz abhängig, auch die Stadt Bern spielt hier eine sehr wichtige Rolle. Es finden intensive Gespräche statt, an regelmässigen jours fixes werden solche Themen jeweils besprochen. Die Verbindung Bauhaus-Kreisel – Rehagstrasse sollte eigentlich 2012 realisiert werden. Dies ist jedoch von Privaten abhängig. Die Regionalkonferenz hat sich bei der Stadt Bern eingesetzt, dass diese mit den Grundeigentümern verhandelt. Die Gespräche laufen, zurzeit ist aber nicht klar, ob die Verbindung bereits in diesem oder erst im nächsten Jahr realisiert wird.

Jan Remund fragte nach der DTV. Das kann ich hier nicht beantworten. Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, diese Strasse täglich von knapp 7'000 Fahrzeugen befahren. Zum Lastwagenverbot: Das ist zurzeit beim Regierungsstatthalter hängig und wir erwarten jeden Tag die Beantwortung. Auch für die Verbindung Bauhaus-Kreisel – Riedmoosstrasse, der grössere Teil davon ist auf Gemeindegebiet Bern, ist ein Projektbeschrieb vorhanden. Es ist vorgesehen, eine Studie auszulösen. Die Stadt Bern weiss um die Dringlichkeit unsererseits, dieses Anliegen ist für die Stadt jedoch nicht prioritär. Deshalb geht die ganze Sache nicht so schnell vorwärts wie von uns gewünscht.

Die Riedmoosstrasse ist aktuell besonders für den Langsamverkehr gefährlich und unser vorrangigstes Anliegen ist die Verbesserung dieser Situation. Die Strassenoberfläche ist auf Gemeindegebiet Köniz saniert worden. Kann der Langsamverkehr auf der ganzen Strecke separat geführt werden, wird sich die Lage entschärfen.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

7. Verschiedene

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 1215 Postulat (FDP.Die Liberalen Köniz) "ICT Ausrüstung an Könizer Schulen"
- 1216 Interpellation (SVP) "Betrieb der Schiessanlage Platten"

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Motion 1209 "Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept" ist von der DBS beantwortet und dem Gemeinderat fristgerecht vorgelegt worden. Der Gemeinderat hat die Motion geprüft und ist zur Überzeugung gelangt, dass die Beantwortung umfassender vorgenommen werden muss, d. h. andere Direktionen sind miteinzubeziehen. Aufgrund der Fristen für die Mitberichte kann die Beantwortung dem Parlament nicht im November vorgelegt werden, sondern an der Sitzung vom Dezember 2012. Das habe ich Ruedi Lüthi bereits mitgeteilt.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): In den nächsten Tagen werden Sie im Anzeiger Region Bern eine Baupublikation für das alte Schulhaus Niederwangen lesen können. Aus terminlichen Gründen musste das Baugesuch bereits abgegeben werden. Der Kredit-Antrag für die Gesamt-sanierung wird an der Sitzung vom 12. November vorliegen.

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Die Agglomerationskommission des Stadtrats von Bern lädt zur jährlichen Tagung "Agglomerationspolitik" ein, die am Freitag, 2. November 2012 in Münsingen durchgeführt wird. Das Schwerpunktthema ist "Lufterschliessung" und "Planung und Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in der Region Bern". Wer teilnehmen möchte, melde sich bitte bei der Parlamentssekretärin. Die nächste Sitzung findet am 12. November 2012 statt.

Im Namen des Parlaments

Annemarie Berlinger-Staub
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament